

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und CDU

Erpressung hat im Welthandel nichts zu suchen - Nord Stream 2 ordnungsgemäß fertigstellen und in Betrieb nehmen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag nimmt mit Befremden die Bestrebungen der US-Regierung zur Kenntnis, die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 durch die Ausweitung von Sanktionen gegenüber an der Umsetzung beteiligten Unternehmen und Privatpersonen zu verhindern. Dieser gezielte Eingriff in den europäischen Energiemarkt und in die Autonomie der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hinsichtlich ihrer Energieversorgung wird seitens des Landtages Mecklenburg-Vorpommern aufs Schärfste verurteilt und abgelehnt.
2. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, auf diplomatischem Wege alle verfügbaren Optionen zur Verhinderung der geplanten Sanktionen gegen Nord Stream 2 zu nutzen. Sollten die Sanktionen inkraft treten, wird die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit dem Kommissar für Außenhandel der Europäischen Union eine geeignete Reaktion zu finden und umzusetzen.
3. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass Unternehmen mit einer Beteiligung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die am Bau und der Fertigstellung von Nord Stream 2 beteiligt sind, das Engagement entsprechend der vertraglichen Vereinbarungen abschließen. Der Landtag äußert darüber hinaus den Wunsch, dass auch kommunale Körperschaften im Land die Vertragserfüllung von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung hinsichtlich der Fertigstellung von Nord Stream 2 einfordern.

4. Der Landtag stellt fest, dass die Abhängigkeit Mecklenburg-Vorpommerns, Deutschlands und letztlich der Europäischen Union von Energieimporten gleich welchen Ursprungs die Souveränität der Union und jedes einzelnen Mitgliedsstaates potentiell beeinträchtigt. Der Landtag spricht sich daher dafür aus, perspektivisch die Energiepolitik des Landes so auszurichten, dass die eigenen energetischen Ressourcen noch stärker genutzt werden und eine Zukunft aus eigener Kraft ermöglichen.

Thomas Krüger und Fraktion

Torsten Renz und Fraktion

Begründung:

Die US-Regierung erwägt aktuell, 2017 beschlossene Wirtschaftssanktionen gegen Russland, von denen das Projekt Nord Stream 2 bisher explizit ausgeschlossen war, per Änderung der zugehörigen Richtlinie auch auf Nord Stream 2 anzuwenden. Dies würde erhebliche Probleme für am Bau der Erdgaspipeline beteiligte Unternehmen und Personen mit sich bringen. Ein solches Vorgehen, dessen Ziel letzten Endes die Stützung der US-Fracking-Gaswirtschaft ist, die durch den Verfall des Ölpreises in einer massiven Krisensituation steckt, wird seitens des Landtages Mecklenburg-Vorpommerns abgelehnt.

Die Bundesregierung wird daher dazu aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine geeignete Reaktion auf diesen einseitigen Schritt zu finden und umzusetzen, der die notwendige Schärfe besitzt, dem eigenen Standpunkt Nachdruck zu verleihen, gleichzeitig aber auch bei einem Wechsel der US-Administration die Rückkehr zu einem Miteinander auf Augenhöhe ermöglicht.

Vertragliche Verpflichtungen von Unternehmen mit Beteiligung des Landes bzw. kommunaler Körperschaften im Hinblick auf die Fertigstellung von Nord Stream 2 sollten aus Sicht des Landtages erfüllt werden.

Hinsichtlich der Folgen geopolitischer Auseinandersetzungen um Energiefragen sieht es der Landtag als sinnvoll an, dass die Energiepolitik des Landes den Fokus auf stärkere Nutzung der eigenen energetischen Ressourcen legt und die Abhängigkeit von Energieimporten in den kommenden Jahren sukzessive verringert wird. Die Potenziale, dies klimaneutral umzusetzen, besitzt das Bundesland.